

ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 03. - 05. Mai 2024

*Antragsteller*in: David Baltzer*

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Antragsberatungen

A1: Ende des Krieges in Gaza

Antragstext

- 1 Wir bitten die Fraktion Bündnis 90 die Grünen im Bundestag und das Auswärtige
2 Amt folgende Punkte zu unterstützen und ggf in der Regierung daraufhin zu
3 wirken, dass sie nachhaltig umgesetzt werden:
- 4 - Sofortiger Waffenstillstand in Gaza zur Vermeidung weiterer Toter und einer
5 Hungerkatastrophe.
 - 6 - Öffnung von weiteren Landzugängen für humanitäre Hilfe und schnellere
7 Abwicklung der Lieferungen, sowie Sicherstellung, dass die Lieferungen für ein
8 menschenwürdiges Leben der Zivilbevölkerung ausreichen.
 - 9 - Aussetzung von Waffenlieferungen an Israel, bis ein stabiler Waffenstillstand
10 eingetreten ist und die Zivilbevölkerung in Gaza Zugang zu menschenwürdigen
11 Lebensverhältnissen und Ressourcen erlangt hat. Die Unterstützung Israels bei
12 der Raketenabwehr ist davon ausgenommen.
 - 13 - Wiederaufnahme der deutschen Zuwendungen für die Unrwa in Bezug auf Gaza.
 - 14 - zu prüfen, ob Dt nicht jetzt schon Palästina als eigenständigen Staat
15 anerkennen möge.
 - 16 - Israel aufzufordern für die Tötung von zivilen Helfern und Journalisten an die
17 Betroffenen Hinterbliebenen 'Entschädigung' zu zahlen sowie Ersatz der
18 zerstörten Sachwerte.

Begründung

Folgt.

ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 03. - 05. Mai 2024

*Antragsteller*in: Jakob Lindenthal, KV Dresden*

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Antragsberatungen

A2: Wirksame Verteidigungsfähigkeit und nachhaltige Unterstützung für die Ukraine jetzt forcieren!

Antragstext

1 **Wirksame Verteidigungsfähigkeit und nachhaltige Unterstützung für die Ukraine**
2 **jetzt forcieren!**

3 **Aktuelle Kriegssituation**

4 Mehr als zwei Jahre nach dem Beginn der russischen Völlinvasion sind die Fronten
5 weitgehend statisch. Das Fehlen von Material und zunehmend auch Personal auf der
6 ukrainischen Seite führt zusehends zu einer Situation, in der die russischen
7 Streitkräfte die Initiative ergreifen können und der Ukraine einen
8 Zermübungskrieg aufzwingen, der sowohl das Gefechtsfeld als auch zivile
9 Infrastruktur und das Alltagsleben betrifft. Durch die größere mobilisierbare
10 Bevölkerung, große quantitative Materialreserven und die absolute Befehlsgewalt
11 einer Diktatur wird sich die aktuelle Situation ohne eine massive Stärkung der
12 ukrainischen Armee nicht ändern und die Ukraine droht unverschuldet in einen
13 unabsehbaren Abnutzungskampf gezogen zu werden. Angesichts der für die
14 russischen Führung im Rahmen ihrer autoritären Kriegsökonomie günstigen
15 Ausgangslage ist derzeit keine glaubwürdige und nachhaltige diplomatische
16 Beendigung des Kriegs in Aussicht. Die russischen Drohungen mit einer Eskalation
17 in einen Atomkrieg sind willkürlich und entbehren jeder rationalen Grundlage.
18 Die strategische Gesamtsituation ist derzeit unberechenbarer als beispielsweise
19 im Kalten Krieg, doch geht die Unberechenbarkeit allein vom russischen Regime
20 aus und kann auch durch Appeasement höchstens scheinbar, aber nicht strukturell
21 verringert werden. Deshalb werden die Drohungen im Folgenden als nicht
22 handlungsleitend betrachtet.

23 **Folgen des fortgesetzten Angriffskriegs Russlands für die Ukraine**

24 Durch den Angriff Russlands wird die Ukraine ihrer legitimen, souveränen
25 Entwicklungsmöglichkeiten beraubt. Millionen Menschen wurden bereits vertrieben
26 und zum Opfer verschiedener Arten schwerwiegender Gewalt durch das russischen
27 Militär und das zivile Verwaltungssystem der russischen Diktatur. Die
28 zehntausenden Ermordeten, Gefallenen und Verwundeten hinterlassen Schmerz und
29 Traumata in ihren sozialen Umfeldern. Auf der politischen Ebene führt der Krieg
30 notwendigerweise zu einer Stagnation demokratischer Reformen in der Ukraine, da
31 die Kriegsführung im Angesicht der massiven Bedrohung zentral organisiert werden
32 muss. Insgesamt beraubt der Krieg die ukrainische Nation der Möglichkeit, ihren
33 selbstgewählten Pfad in eine freiheitlich-demokratische, europäische Zukunft zu
34 beschreiten.

35 **Globale Folgen und Konsequenzen für den demokratischen Teil Europas**

36 Von der bisher nicht gelungene Eindämmung der russischen Aggression und die sich
37 offenbarenden Materialengpässe und Uneinigkeit bei der Unterstützung der Ukraine
38 geht das verheerende Signal an gewaltbereite autoritäre Staaten weltweit aus,
39 dass es keine Allianz demokratischer Staaten gibt, die bereit ist, die
40 Demokratie glaubwürdig vorbeugend zu schützen und im Angriffsfall wirksam zu
41 verteidigen. Da die meisten demokratischen Staaten vom Ausmaß der Bedrohung
42 überrascht und überfordert wurden, wird akuter Nachbesserungsbedarf im Bereich
43 der nationalen und staatenübergreifenden militärischen Verteidigungsfähigkeit
44 deutlich sichtbar. Dieses Zeitfenster hoher Verwundbarkeit im Bezug auf
45 territoriale Verteidigung birgt ein hohes Eskalationsrisiko angesichts weiterer
46 denkbarer Angriffsszenarien autoritärer Staaten auf ihre Nachbarn, wie ein
47 möglicher Annexionsversuch Chinas gegenüber Taiwan oder ein Angriff des Iran auf
48 Israel. Insgesamt schadet die schwache Verteidigungsallianz der demokratischen
49 Staaten weltweit dem Ansehen der Demokratie und führt das inkonsequente
50 Sanktionsregime gegenüber Russland sogar zu einem Erstarren autoritärer
51 Allianzen, die weltweit eine Gefahr für die Demokratie und nachhaltige
52 menschliche Entwicklung darstellen.

53 **Kritik am Vorgehen der Bundesregierung**

54 Trotz der vor mehr als zwei Jahren ausgerufenen Zeitenwende befindet sich die
55 Bundeswehr und befinden sich die europäischen Streitkräfte weiterhin in einem
56 strukturell dysfunktionalen Zustand. Die Beschaffungs- und
57 Rekrutierungsgeschwindigkeit ist der Bedrohungslage in keiner Weise angemessen.
58 Insbesondere die Organisation von Materialbeschaffung trägt in keiner Weise der
59 Verlust- bzw. Verbrauchsrate Rechnung, die derzeit auf dem Gefechtsfeld in der
60 Ukraine zu beobachten bzw. für Deutschland im Verteidigungsfall zu erwarten ist.
61 Genehmigte Nachbeschaffungen einer niedrigen zweistelligen Zahl an Kampfpanzern
62 bzw. Grundsteinlegungen für Munitionsfabriken, deren Zielproduktionsmengen im

63 Vergleich zum derzeitigen Munitionsverbrauch der ukrainischen Streitkräfte
64 marginal sind, genügen lediglich für Symbolpolitik. Ohne Zweifel waren westliche
65 Materiallieferungen für die ukrainischen Streitkräfte entscheidend für das
66 Stoppen des russischen Vormarschs, doch das Volumen und die Qualität der
67 gelieferten Waffen und sonstigen Systeme fällt immer weiter hinter die
68 Erfordernisse des legitimen Verteidigungskampfes der Ukraine zurück.
69 Insbesondere brauchen die ukrainischen Streitkräfte dringend mehr
70 Marschflugkörper und sonstige Präzisionswaffen, mit denen russische Kräfte weit
71 hinter der Front getroffen und Bewegungen auf dem Land, zu Wasser und in der
72 Luft unterbunden werden können. Doch statt die Ukraine wirksam zu unterstützen,
73 betreibt die Bundesregierung unter der Führung des Kanzleramts eine Starker-
74 Mann-Symbolpolitik nach innen sowie ein unausgesprochenes Appeasement gegenüber
75 dem russischen Regime, dessen Angst-Narrative oftmals in der Kommunikation der
76 Bundesregierung übernommen und somit in der deutschen Öffentlichkeit verbreitet
77 werden. Das ist strategisch unverantwortlich und politisch unnachhaltig.
78 Insgesamt fehlt bei der in Erfahrung zu bringenden Strategie der Bundesregierung
79 an Szenarien und realisierbaren Handlungsansätzen, wie sich der Krieg entwickeln
80 kann, welche Handlungspfade zur Verfügung stehen und ggf. mit welchem
81 Ressourceneinsatz beschritten werden können. Es existiert über zwei Jahre nach
82 dem Kriegsbeginn keine umfassende, tragende Strategie, wie mit aktiver
83 Beteiligung Deutschlands die europäische Friedensordnung wiederhergestellt
84 werden kann. Für eine wehrhafte Demokratie kommt die derzeitige Regierungsarbeit
85 einem Armutszeugnis gleich.

86 **Forderungen und Ausblick**

87 Deutschland braucht klare Szenarien und Ziele bei der Erreichung seiner
88 Verteidigungsbereitschaft im Rahmen der EU und der Nato. Die Ziele müssen mit
89 Ressourcen und Maßnahmen hinterlegt sein, die sich in Umfang und Zeithorizont am
90 Bedarf richten und nicht an der politischen Opportunität. Das Ziel bei der
91 Unterstützung der Ukraine muss mindestens sein, im Jahr 2024 signifikanten
92 russischen Vormarsch und Erholung der russischen Kräfte zu verhindern und
93 darüber hinaus in den Folgejahren legitime ukrainische Gegenoffensiven zur
94 Befreiung besetzten Staatsgebiets zu ermöglichen. Diese Maßnahmen werden es
95 wahrscheinlich erfordern, über das Zwei-Prozent-Ausgabenziel und das
96 Sondervermögen hinauszugehen und können z.B. eine rasche Wiedereinführung des
97 Wehrdienstes erfordern sowie gesetzliche Änderungen und operative Maßnahmen zur
98 Bereitstellung von zusätzlichen Industrieressourcen zur Rüstungsproduktion.
99 Keine dieser Maßnahmen ist angenehm oder politisch risikofrei. Doch die Realität
100 richtet sich nicht nach weltanschaulichen Präferenzen oder Zahlenvorgaben zum
101 Verteidigungshaushalt. Für die genannten strategisch wichtigen Maßnahmen hat die
102 Bundesregierung nun zwei Jahre weitgehend ungenutzt verstreichen lassen. Wir
103 erkennen die realistische, für eine wehrhafte Demokratie eintretende
104 Grundhaltung der bündnisgrünen und liberalen Regierungsbeteiligten an. Doch wir

105 mahnen dringend an, dass sporadische unzufriedene Kommentare zur
106 sozialdemokratischen Sicherheitspolitik kein ausreichender grüner Beitrag zur
107 Verteidigung der Demokratie sind. Nur aufmunitionierte Panzer auf dem Hof und
108 flugfähige Kampffjets im Hangar sind die Sprache, die Diktaturen in dieser
109 Gesamtlage verstehen. Es braucht zeitnah greifbare, einsatzfähige Ressourcen.
110 Willensbekundungen gleich welcher Stärke im Parlament und im Kabinett genügen
111 hier nicht. Es braucht jetzt Klartext und politische Druckmittel in der
112 Regierungskoalition. Am Ende des Prozesses muss gesicherte, umfassende
113 Unterstützung für die Ukraine stehen und eine nach realistischen Szenarien
114 einsatzbereite Bundeswehr. Die SPD ist strukturell so schwach, dass sie sich
115 keine Neuwahlen erlauben kann. Also ist es jetzt Zeit, für weitergehende
116 Waffenlieferungen und wirksame Verteidigungsbereitschaft einzutreten ohne Scheu
117 vor einer Koalitionskrise. Das Außenministerium muss sich auch dafür einsetzen,
118 dass unsere Bündnispartner die Ukraine stärker unterstützen und ihren
119 Versprechen nachkommen. Dafür gilt es jetzt in die diplomatischen Offensive zu
120 gehen. Als Bündnisgrüne stehen wir unter den Regierungsparteien in Bezug auf
121 Zustimmungswerte im Fall von Neuwahlen am robustesten da. Diese Robustheit
122 müssen wir für die Verteidigung der Demokratie in Europa nutzen. Die Kosten für
123 einen Kaltstart hin zu einer wehrhaften Demokratie sind hoch. Doch sie sind
124 gering im Vergleich zum Schaden, der durch eine dauerhafte Erosion der
125 internationalen Rechtsordnung und durch ein geopolitisches Klima der
126 Rechtlosigkeit entsteht. Es kommt jetzt auf unser Regierungshandeln an. Die
127 aktuelle Situation ist ein Prüfstein für unser staatstragendes
128 Selbstverständnis. Deshalb unser Ruf an alle grünen Regierungsmitglieder und
129 Fraktionsmitglieder: Die Demokratie muss von uns verteidigt werden. Wir stärken
130 euch den Rücken. Packt es an!

Begründung

Nach der russischen Vollinvasion in der Ukraine ab dem 24. Februar 2024 befindet sich der Krieg im dritten Jahr. Durch den entschlossene Verteidigungskampf der ukrainischen Streitkräfte und Zivilgesellschaft und die substanzielle materielle und organisatorische Unterstützung demokratischer Staaten weltweit ist es gelungen, eine Zerschlagung und dauerhafte Unterdrückung des gesamten ukrainischen Staates zu verhindern. Dennoch haben sich die Anstrengungen als ungenügend erwiesen, um die russische Invasionsarmee zurückzuschlagen und die Herrschaft des Völkerrechts wieder zu etablieren. Die russische Diktatur mobilisiert sämtliche ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen, um den Krieg zu gewinnen. Für die kommenden Monate und Jahre scheinen ihr nach den vorhandenen nachrichtendienstlichen Erkenntnissen genug Ressourcen zur Verfügung zu stehen, um ihren völkerrechtswidrigen und auf Äußerste grausamen Feldzug fortzusetzen. Es sind weitere russische Offensivaktionen zu erwarten, welche zur Zerstörung und Besetzung weiteren, noch freien ukrainischen Gebiets führen können. Derzeit ist nicht zu erkennen, dass die russische Seite zu ernsthaften Verhandlungen bereit ist, insbesondere nicht, weil es keine militärische Ultima Ratio gibt, die den maßlosen und unberechtigten Forderungen des russischen Regimes Einhaltung gebietet. Dies muss uns die Erfahrung mit dem Appeasement diktatorischer Regime aus der Vergangenheit lehren.

Vor dem Hintergrund dieser Sachlage werbe ich darum, dass die Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationales des Bündnis 90/Die Grünen die im Antrag dargelegte Situation anerkennt und der bündnisgrünen Bundestagsfraktion und den grünen Regierungsmitgliedern mit Nachdruck den Rücken stärkt, die konsequente und zeitnahe Stärkung der Bundeswehr und nachhaltige Unterstützung der Ukraine zu forcieren. Die grausame Kriegsrealität richtet sich nicht nach den Vorsätzen, mit denen wir 2021 Wahlkampf betrieben und eine Regierungskoalition gebildet haben. Jetzt kommt es auf greifbare Sicherheitsinstrumente und eine klare, realisierbare militärische Ultima Ratio gegenüber der skrupellosen russischen Diktatur an, sonst wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten das Konzept Demokratie weltweit irreparablen Schaden erleiden. Die Folgen wären nicht nur militärtaktisch, sondern insbesondere sozial, für die Umwelt und sozial schwache Gruppen verheerend. Deshalb liegt es jetzt an uns, entschieden für grüne Werte einzustehen. Diese müssen als tiefste Grundlage den Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit beinhalten, sonst ist kein Platz für weitergehende Konzepte.

ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 03. - 05. Mai 2024

*Antragsteller*innen:*

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Antragsberatungen

A3: Schnellere Unterstützung der Beitrittskandidaten des Westbalkan, hegemoniale Dominanz und Einmischung unterbinden

Antragstext

1 Seit den Jugoslawienkriegen hegt Serbien Anspruch darauf, dass alle Serben in
2 einer „serbischen Welt“ in einem Staat leben. Weiterhin erkennt Serbien Kosovo
3 nicht an, die Republika Srpska sucht den Anschluss an Serbien, Kroatien strebt
4 eine Revision des Abkommens von Washington (1994) und Dayton-Paris (1995) in
5 Bosnien und Herzegowina und strebt dort die Erweiterung des Einflusses an,
6 Bulgarien des Ohrider Abkommens (2001) in Nordmazedonien. Die fragile Lage auf
7 dem Westbalkan droht aufgrund von geopolitischer Unsicherheit erneut zum
8 Krisenherd zu werden.

9 Die Friedensabkommen für Bosnien-Herzegowina 1995, Kosovo 1999 und Mazedonien
10 2001 wurden unter dem Druck der USA geschlossen und haben lange Zeit den Frieden
11 in der Region garantiert. Die EU hat zwei Mandate - die EUFOR-Mission Althea in
12 Bosnien und Herzegowina und KFOR im Kosovo - um den Frieden in Südosteuropa zu
13 sichern. Nach dem russischen Angriff in der Ukraine haben die EU und die USA
14 ihre Truppen verstärkt, um eine Destabilisierung zu verhindern. Die mögliche
15 Wahl von Donald Trump bereitet Sorgen über die Stabilität der
16 Sicherheitsgarantien der USA. Die US-Truppen spielen durch den Stützpunkt Camp
17 Bondsteel eine besondere Rolle, um die UN-Mandate tiefergehend abzusichern.
18 Solange der Stützpunkt erhalten bleibt, wird erwartet, dass es keine
19 militärische Intervention oder Sezessionen in den Balkanstaaten geben wird. Ein
20 möglicher Rückzug durch Donald Trump könnte jedoch zu einer Eskalation der Lage
21 führen. Umso wichtiger wird es sein, dass der Frieden in der Region auch ohne
22 die USA ausreichend gesichert wird.

23 Neben der militärischen Sicherheit muss auch die zivilgesellschaftliche
24 Perspektive durch einen schnelleren Beitrittsprozess in die EU verstärkt werden.
25 Politisch ist der EU das Risiko bewusst und hat daher auch Bosnien und

26 Herzegowina den Status eines Beitrittskandidaten verliehen.
27 Russische Desinformation und hegemoniale Interessen beeinflussen jedoch die
28 Gesellschaften durch extremistische Parteien. Einige EU-Staaten, wie Ungarn oder
29 jetzt auch die Slowakei, stellen antieuropäische bzw. russische Interessen in
30 den Vordergrund. Serbien und die Republika Srpska in Bosnien-Herzegowina
31 vertreten ebenfalls eine pro-russische Haltung, die sich negativ auf die
32 Verhandlungen zum EU-Beitritt auswirken.

33
34 Die EU steht dabei vor dem Dilemma, die Transformation (schneller) einzufordern
35 oder Serbien geopolitisch an Russland und China zu verlieren, da Serbien durch
36 sein Verhalten sowohl die eigene Aufnahme als auch die Aufnahme weiterer
37 Beitrittskandidaten direkt oder indirekt blockiert, wie im Kosovo oder über die
38 Serben in der Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina. 2023 versuchte die EU
39 Serbien zur De-facto-Anerkennung des Kosovo zu drängen und vernachlässigte dabei
40 mehrere gewalttätige Ereignisse, wie die Ausschreitungen gegen die KFOR-Truppen,
41 den Truppenaufmarsch an der Grenze zum Kosovo oder den serbischen Terroranschlag
42 auf Banjska.^[1] Wie alle EU-Kandidaten profitiert Serbien von der EU als
43 Geldgeber, die es auf einen möglichen EU-Beitritt vorbereiten sollen. Allerdings
44 entfernt sich Serbien weiterhin von den europäischen Werten und orientiert sich
45 auf dem internationalen Parkett nach Russland, China und den BRIX-Staaten.

46 ^[1] Möglicherweise glaubt sich Serbiens Präsident Vucic durch Waffenexporte an
47 die Ukraine eine solche Vorgehensweise herausnehmen zu können, da er ansonsten
48 eine enge Verbindung zu Russland pflegt.

49 **Bosnien und Herzegowina:** Vor fast 30 Jahren hoffte man durch das
50 Friedensabkommen von Dayton, die Kriegsparteien durch das Konzept der
51 Entitätsbildung zu befrieden. In dem Kontext ist es wichtig zu betonen, dass
52 Gerichtsurteile zur Aufarbeitung der Kriegsverbrechen den Bosnienkrieg 1992-95
53 nicht als Bürgerkrieg, sondern als einen internationalen bewaffneten Konflikt
54 einordnen, in dem die politische Führung der Nachbarländer eine entscheidende
55 Rolle spielten.“^[1] Heute werden weiterhin außenpolitische Einflüsse der
56 Nachbarstaaten über die Ethnien ausgeübt, die destabilisierend wirken und zu
57 neuen Eskalationen führen können.

58 Dayton hat zwar insofern weitere kriegerische Auseinandersetzungen beendet und
59 garantiert den Erhalt des Staates von Bosnien und Herzegowina. Kritisch
60 betrachtet, hat es den Konflikt jedoch lediglich eingefroren und die ethnische
61 Teilung in der Verfassung von Bosnien und Herzegowina verankert.

62 Problematisch ist die **ethnische Zementierung und Diskriminierung** durch Dayton.
63 Aufgrund ihrer Religion, ethnischer Zugehörigkeit oder ihres Wohnortes können
64 etwa 12 Prozent der Bevölkerung nicht für das Amt des Präsidenten oder einen
65 Sitz im Parlament kandidieren. Diese Posten sind ausschließlich den drei

66 "konstitutiven Völkern" vorbehalten. Das betrifft ca. 400.000 Minderheiten oder
67 Bürger*innen, die sich nicht in eine ethnische Kategorie einordnen wollen.
68 Selbst die konstitutiven Staatsbürger*innen können sich nicht zur Wahl
69 aufstellen lassen, wenn sie in Gebieten wohnen, in denen sie nicht zur Entität
70 gehören.^[2] Diese Diskriminierung verhindert auch einen Beitritt in die EU.

71 ^[1] Tobias Flessenkemper: Westbalkan. Jahrbuch der Europäischen Integration
72 2023, S. 443.

73 ^[2][https://www.hrw.org/de/news/2019/12/12/bosnien-und-herzegowina-ethnische-](https://www.hrw.org/de/news/2019/12/12/bosnien-und-herzegowina-ethnische-diskriminierung-als-haupthindernis)
74 [diskriminierung-als-haupthindernis](https://www.hrw.org/de/news/2019/12/12/bosnien-und-herzegowina-ethnische-diskriminierung-als-haupthindernis)

75 **Sezessionismus:** Die Vertreter der Republika Srpska (RS) haben durch ihr
76 politisches Verhalten keine Anzeichen für eine schnelle EU-Integration gezeigt,
77 im Gegenteil arbeiten sie an der Zerstörung Bosniens und Herzegowinas, um sich
78 der „serbischen Welt“, einem Großserbien anzuschließen. Der Präsident der RS
79 Milorad Dodik hat sezessionistische Gesetze erlassen oder Einreiseverbote gegen
80 den Hohen Repräsentanten verhängt und damit gegen das Friedensabkommen von
81 Dayton verstoßen. Nationalistisch-separatistische Interessen stoßen leider auf
82 nachsichtige Reaktion, dürfen aber von einer EU-Kommission nicht toleriert
83 werden.

84 Aber auch die radikal-völkische Kroatienpartei HDZ in BiH von Dragan Covic
85 untergräbt die Funktionalität der gesamtstaatlichen Institutionen, indem sie,
86 unterstützt von der politischen Führung in Kroatien eine dritte, kroatisch
87 dominierte Entität in Bosnien und Herzegowina fordern. Für diese Interessen ließ
88 sich sogar der OHR Christian Schmidt einbinden und nutzt die ihm vergebenen
89 „Bonn Power“ für mehrere Wahlinterventionen, um der HDZ BiH entgegenzukommen.
90 Deutschland und die EU-Kommission dürfen weder solchen hegemonial-
91 paternalistischen Ansätzen der benachbarten Staaten noch einem unterwürfigen
92 Entgegenkommen nachgeben.

93 Zahlreiche Politische Vertreter nutzen dabei Freiräume, die ihnen der autonome
94 Status zubilligt, um ihre persönliche Macht durch Korruption anzureichern und
95 geopolitische Interessen zu bedienen.

96 **Minderheitenpolitik als Teil hybrider Kriegsführung**

97 Die Rolle der Republika Srpska in BiH lässt sich mit der der vermeintlichen
98 Sezessionisten im Donbas vergleichen. Zu Recht hat die Ukraine das Minsker
99 Abkommen abgelehnt, das einer von Russland inszenierten Minderheit das Recht auf
100 Mitbestimmung und Mitwirkung im Sinne einer Selbstverwaltung einräumen sollte
101 und als Teil hybrider Kriegsführung angesehen werden kann. Es ging darum,

102 Entscheidungen auf staatlicher Ebene zu blockieren und letztlich eine Sezession
103 zu erreichen. Aus ähnlich gelagerten Gründen will das Kosovo keine
104 Selbstverwaltungsrechte für die serbische Minderheit im Norden einführen und
105 blockiert an dieser Stelle eine Einigung mit Serbien.

106 Verfassungsdiskussionen zugunsten nationaler Minderheiten sind auf dem
107 Westbalkan en Vogue. Bulgarien blockiert derzeit den Beitritt Nordmazedoniens
108 durch nationalistische Forderungen. Als Lösung hat Frankreich den
109 Kompromissvorschlag eingebracht die bulgarische Minderheit in die Verfassung
110 einzuschreiben. Aktuell entwickelt sich in Montenegro ein ähnlicher Diskurs, in
111 dem die montenegrinischen Serben fordern, die Verfassung in eine Ethno-
112 Föderation mit den beiden größten Ethnien, die Montenegriner und Serben,
113 umzuwandeln[1]. Dadurch würde jedoch ein Teil aller gleichberechtigten
114 Bürger*innen zu „Anderen“ mutieren, die man einem undefinierten rechtlichen
115 Zustand überließe[2] – wie in BiH.

116 **Zusammenfassung der Forderungen:**

- 117 • Der Frieden in der Region muss auch ohne die USA ausreichend durch starke
118 Sicherheitsmandate gesichert wird.

- 119 • Da die intensiven Bemühungen der EU um die Anerkennung des Kosovos durch
120 Serbien gescheitert sind, bedarf es eines neuen Konzeptes. Serbien sollte
121 aus geopolitischen Gründen Beitrittskandidat bleiben, aber nicht nur die
122 finanziellen Unterstützungen der EU in Anspruch nehmen können, ohne den
123 Beitrittsprozess voranzubringen.

- 124 • Das Abkommen von Dayton muss zu einem echten Frieden unter den
125 Nachbarstaaten weiterentwickelt werden, bei dem die Sicherheit nicht mehr
126 durch UN-Truppen abgesichert werden braucht. Dazu bedarf es auch der
127 Überarbeitung der Verfassung und Anstöße auf mehreren Ebenen:
 - 128 ◦ Kroatien und Serbien verpflichten sich dabei, jegliche Ansprüche und
129 hegemonialen Einmischungen zu unterlassen, da diese eine
130 Weiterentwicklung aus der Gesamtgesellschaft BuH heraus verhindern.
 - 131 ◦ Die europäische Kommission hat solche Einflüsse der Nachbarstaaten
132 sorgfältig zu verfolgen (Monitoring) und zu unterbinden
133 (Sanktionen), um eine Destabilisierung oder Eskalation zu
134 verhindern.
135 Insgesamt muss ein Appeasement in den Westbalkanstaaten, welches die
136 Täter nur zu weiteren destruktiven Aktionen ermuntert, verhindert
werden. Es müssen strengere und schnellere Sanktionen gegen

137 diejenigen verhängt werden, die eine hegemoniale Dominanz und
138 Separatismus anstreben und multiethnische Staaten zersetzen, die
139 Wahlen manipulieren, Gewalt anwenden sowie terroristische Anschläge
140 ausüben. Eine schnellere Reaktion zur Unterbindung solch
141 destruktiver Verhaltensweisen durch Deutschlands und der EU-
142 Kommission ließe einen inneren demokratischen Prozess befördern,
143 ermutigt die Gesellschaftlichen Kräfte selbstbestimmt ihre Probleme
144 in die Hand zu nehmen und ermöglicht letztlich einen schnelleren
145 Beitritt der Westbalkanstaaten.
146

- 147 • Um die innere ethnische Aufspaltung und Diskriminierung zu überwinden,
148 müssen wir eine glaubwürdige Politik der EU einfordern. Deutschland und
149 die europäische Kommission müssen eine stärkere Rolle in Bezug auf die
150 Menschenrechte und Demokratie einnehmen sowie den Prozess einer gerechten
151 Verfassung flankierend unterstützen.

152 Als Bündnis90/DIE GRÜNEN sind für uns Minderheitenrechte ein wichtiger
153 Aspekt der politischen Teilhabe. Es wäre unter Beteiligung von
154 Verfassungs- und weiteren Expert*innen sowie Betroffenen zu prüfen, ob
155 solche Verfassungen mit definierten Minderheiten nicht erst zu einer
156 Ethnisierung führen bzw. mittlerweile auch Teil einer hybriden
157 Kriegsführung sind, die Unfrieden in die Gesellschaft hineintragen und
158 Sezessionen vorbereiten sollen. Alternative Entwürfe dazu wären
159 möglicherweise inklusive Rechte für alle Staatsbürger*innen unter
160 Einbeziehung ihrer Sprache, Kultur und Religion.

- 161 • Es braucht eine nachhaltige diplomatische Offensive seitens der EU/USA.

162 [\[1\]https://www.vijesti.me/kolumne/655104/crna-gora-od-raspada-jugoslavije-dopada-mila-djukanovica-da-li-je-nesto-moglo-drugacije](https://www.vijesti.me/kolumne/655104/crna-gora-od-raspada-jugoslavije-dopada-mila-djukanovica-da-li-je-nesto-moglo-drugacije)
163

164 [\[2\]](#) Eine ausgesprochen kluge Replik Dr. Olivera Komar: „Montenegro ist ein
165 Zivilstaat, in dem der grundlegende Träger der Souveränität der Bürger ist und
166 nicht eine oder mehrere einzelne ethnische Gemeinschaften, unabhängig von ihrer
167 Anzahl (Artikel 2 der Verfassung Montenegros – „Der Träger der Souveränität ist
168 ein Bürger, der die montenegrinische Staatsbürgerschaft besitzt.“

169 <https://www.antenam.net/stav/284905-crna-gora-gradjana-ili-konstitutivnih-naroda>

170 [\[1\]](#) Möglicherweise glaubt sich Serbiens Präsident Vucic durch Waffenexporte an
171 die Ukraine eine solche Vorgehensweise herausnehmen zu können, da er ansonsten
172 eine enge Verbindung zu Russland pflegt.

173 [\[2\]](#) Tobias Flessenkemper: Westbalkan. Jahrbuch der Europäischen Integration

174 2023, S. 443.

ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 03. - 05. Mai 2024

*Antragsteller*in: Radosawa Stomporowski*

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Antragsberatungen

A4: Eine neue Rüstungspolitik in Deutschland: Maßnahmen, um die Versorgung der Streitkräfte zu gewährleisten

Antragstext

1 Die Möglichkeit eines Sieges von Donald Trump bei den US-Präsidentenwahlen
2 im November geben Anlass zur Sorge bezüglich der Stabilität der
3 Sicherheitsgarantien der USA. In dieser Situation ist ein Umdenken erforderlich,
4 das auch in der Rüstungsindustrie relevant ist. Deutschland, Europa und der Rest
5 der Welt wird von einem Paradigmenwechsel im Rüstungssektor betroffen sein.

6 Dabei gibt es eine erhebliche Diskrepanz zwischen Deutschlands militärischen
7 Aufgaben und Herausforderungen sowie seiner industriellen Fähigkeit. Diese
8 Diskrepanz muss die Politik durch eine gezielte Entwicklung der industriellen
9 Landschaft in Übereinstimmung mit nationalen Zielen neu bestimmen. Dabei muss
10 die Bundesregierung drei Schwerpunkte im Blick haben: 1.) die Ziele zu
11 identifizieren und im Vergleich zu anderen priorisieren, 2.) die Instrumente der
12 Industrie-, Kooperations- und Exportpolitik zentral zu koordinieren und steuern,
13 und 3.) dafür ausreichende Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

14 Der Staat zeigt sich aufgrund seiner mangelnden Ressourcen als unzuverlässiger
15 Partner für die Wirtschaft der Rüstungsindustrie. Obwohl wir einen Mangel in
16 vielen Bereichen haben, ist der Verteidigungsetat im laufenden Haushaltsjahr
17 bereits überfüllt und neue Vereinbarungen mit der Branche nicht mehr möglich. Da
18 die Industrie aus eigenen wirtschaftlichen die staatlichen Planungen
19 antizipieren muss und nicht auf Vorrat produzieren darf, werden Arbeitskräfte
20 und andere Produktionsmittel nicht ausgebaut. So schafft der Staat falsche
21 Signale: die Industrie wird weiterhin nicht im erforderlichen Umfang
22 produzieren, es werden nicht genutzte Lieferketten zusammenbrechen,
23 Preisangebote verfallen und Produktionsanlagen stillgelegt oder für andere
24 Kunden genutzt. Das kann sich die Bundesrepublik Deutschland nicht leisten.

25 In den kommenden zehn Jahren wird festgelegt, wie viele grundlegende
26 Veränderungen durchgeführt werden müssen, um die Sicherheit Deutschlands zu
27 gewährleisten und die deutsche Rüstungsindustrie zu stärken. Die deutsche
28 Sicherheitspolitik muss daher insgesamt dringend verbessert werden. Wir schlagen
29 vor, dass die Bundesregierung gemeinsam mit den Landesregierungen und den
30 Parlamenten eine sicherheitspolitische Dekade ausruft um einen neuen
31 sicherheitspolitischen Rahmen zu schaffen, um Deutschland auf mögliche
32 geopolitische Konflikte vorzubereiten. Wir brauchen einen strategischen und
33 zeitlichen Rahmen, um unsere Verteidigungsfähigkeit sowie die erforderliche
34 Unterstützung der Ukraine neu zu bestimmen. Eine strategische Einbindung der
35 Ministerien, Parlamente, des Rechnungshofes und Expert*innen würde die Aufgaben
36 in der gemeinsamen Perspektive Ausgaben des Staates betrachten und bewerten und
37 über die Legislaturperiode hinaus erweitern.

38 **Die Schwierigkeiten im Verteidigungsbudget symbolisieren eine strukturelle**
39 **Unterfinanzierung - ein Programm zur Investition in die Sicherheit Deutschlands**
40 **ist notwendig**

41 Staat und Rüstungsindustrie benötigen dafür einen Rechtsrahmen, der
42 Rechtssicherheit im Graubereich zwischen Krieg und Frieden schafft und den
43 Zugang zu Ressourcen erleichtert. Es ist wichtig, dass die Herstellung von
44 Rüstungen in Deutschland und anderen Ländern angemessen gestaltet, skalierbar
45 und zeitlich begrenzt ist. Es ist auch ratsam, dass EU-Regulierungen wie REACH
46 und ESG entweder generelle Ausnahmen oder längere Anwendungsfristen haben.
47 Vorbilder sind das Defense Production Act der USA oder die strategischen
48 Partnerschaften mit der Industrie Finnlands. Falls Deutschland ähnliche
49 Maßnahmen ergreifen würde, würde dies auch in Richtung Moskau ein bedeutendes
50 Signal darstellen.

51 Integrierte Steuerung: Um ihre Möglichkeiten voll auszuschöpfen, muss der Staat
52 die Instrumente der Industrie-, Kooperations- und Exportpolitik miteinander
53 verzahnen und zentral steuern. Das Parlament muss dabei die Kontrolle behalten.

54 Der Staat sollte bei der Ausstattung der Bundeswehr auf erfahrene Systeme
55 zurückgreifen, die schnell in großen Mengen hergestellt werden können.
56 Normalerweise sind die technologischen Fähigkeiten bereits vorhandener
57 Waffensysteme ausreichend, um gegen ein Land wie Russland zu bestehen. Trotzdem
58 ist es möglich und erforderlich, sie schrittweise zu verbessern. Im Kontext
59 einer GASP wäre die EU sinnvoll einzubinden, da sie derzeit nur eine begrenzte
60 Rolle in der Neugestaltung des Rüstungssektors spielt. Sie kann beispielsweise
61 NATO-Planungsprioritäten übernehmen oder die Harmonisierung der Anforderungen
62 erleichtern.

63 Wenn Deutschland seine Rüstungsindustrie durch die vorgeschlagenen Reformen
64 ertüchtigt, erschließt es sich auch auf dem Weltmarkt neue Chancen. Eine
65 stärkere Position auf dem globalen Markt könnte es Deutschland ermöglichen,
66 weitere Staaten in das deutsche und westliche Industriesystem einzubinden oder
67 der deutschen Industrie durch den Verkauf von Rüstungsgütern zusätzliche
68 Finanzierungsmöglichkeiten für den angestrebten Kapazitätsausbau zu verschaffen.